

AußenwirtschaftsNews – USA

02/2026

Mit unserer monatlichen Veröffentlichung *AußenwirtschaftsNews* informieren wir Sie in kompakter Form über wichtige wirtschaftliche und politische Entwicklungen auf ausgewählten Auslandsmärkten. Die *AußenwirtschaftsNews* gibt es derzeit für die USA, Mittel- und Osteuropa sowie China.

1 Konjunktur

- Die US-Wirtschaft ist im dritten Quartal 2025 stark gewachsen. Das reale BIP stieg auf Jahresbasis hochgerechnet um 4,3 Prozent. Dies ist auf gestiegene Konsumausgaben, Exporte und Staatsausgaben zurückzuführen. Die Erwartungen für das vierte Quartal sind weniger optimistisch. Grund sind vor allem die geringeren Staatsausgaben infolge des Government Shutdowns.
- Stellenzuwächse und Arbeitslosenquote blieben im Dezember weitestgehend unverändert. Die Arbeitslosenquote beträgt 4,4 Prozent mit 7,5 Millionen Arbeitslosen. Im verarbeitenden Gewerbe, Baugewerbe, Großhandel und Öl und Gaswirtschaft blieb die Zahl der Beschäftigung nahezu unverändert.
- Der Erzeugerpreisindex stieg im Dezember saisonbereinigt um 0,5 Prozent. Der Anstieg ist vor allem auf gestiegene Kosten im Dienstleistungsbereich zurückzuführen. 2025 stieg der Index damit um 3,0 Prozent. 2024 waren es 3,5 Prozent.
- Die Inflation stieg im Dezember auf 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die größten Treiber der Inflation waren Mieten und Lebensmittelpreise.
- Im dritten Quartal 2025 stieg die Arbeitsproduktivität um 4,9 Prozent, da die Produktion um 5,4 Prozent und die geleisteten Arbeitsstunden um 0,5 Prozent zunahmen. Im verarbeitenden Gewerbe stieg die Arbeitsproduktivität im dritten Quartal 2025 um 3,7 Prozent und damit weniger stark an. Hier nahm die Produktion um 3,0 Prozent zu und die geleisteten Arbeitsstunden um 0,7 Prozent ab.
- Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) hat den Leitzins im Januar nicht angepasst. Die seit Dezember geltende Spanne von 3,50 bis 3,75 Prozent bleibt bestehen. Seit September hatte die Fed den Leitzins bereits um 75 Basispunkte gesenkt.

2 Handels- und Zollpolitik

- Umsetzung der Zollvereinbarung zwischen EU und USA: Nachdem die USA ihre Zolldrohungen im Konflikt um Grönland zurückgenommen hatten, betonte der Präsident des Europäischen Rates Costa, dass die EU mit der Umsetzung des Zoll-Deals fortfahren

würde. Das heißt, dass die EU Zölle auf US-Exporte wie im Sommer 2025 vereinbart senken wird. Die dafür vorgesehene Verordnung sollte planmäßig im Januar verabschiedet werden. Wegen des Konflikts um Grönland, befasste sich das EU-Parlament jedoch nicht weiter mit der Verordnung.

- Handelsabkommen zwischen den USA, Guatemala und El Salvador: Die USA haben mit [Guatemala](#) und [El Salvador](#) Handelsabkommen geschlossen. Die USA passen Zollsätze für Waren aus Guatemala und El Salvador an. Die Partnerländer erkennen US-Standards an und stärken den Schutz geistigen Eigentums. Zudem verpflichten sich die beiden südamerikanischen Länder, keine Digitalsteuern einzuführen und den digitalen Handel zu stärken.
- Handelsabkommen zwischen den USA und Südkorea: Die USA und Südkorea haben sich im Oktober 2025 im Handelsstreit geeinigt. US-Zölle wurden für viele Produkte auf 15 Prozent gesenkt und Korea sagte Investitionen in den USA zu. Die USA haben die Zollanpassungen bereits umgesetzt. Auf Seiten Koreas steht die Anpassung noch aus. US-Präsident Trump drohte Südkorea im Januar mit Zöllen von 25 Prozent, falls der Staat seinen Zusagen nicht bald nachkommt. Auf die Drohung folgten keine Taten.
- Klagen gegen US-Zölle: Das US Supreme Court verhandelt weiter über die Zulässigkeit der sog. „reziproken Zölle“, die die Trump-Regierung im April 2025 erlassen hat. Es gibt keine Frist, bis zu der eine Entscheidung getroffen werden muss. Indes klagen etliche US-Firmen bei niedrigeren Instanzen bereits auf Rückerstattung der durch die Zölle verursachten Kosten. Falls die Zölle nicht rechtmäßig erlassen wurden, müsste die US-Regierung die Zölle zurückerstatten und eine andere rechtliche Basis für das Erlassen von Zöllen nutzen.

3 Allgemeine Politik

- Partnerschaften zu kritischen Rohstoffen und künstlicher Intelligenz: Mit „Pax Silica“ haben die USA Ende 2025 eine internationale Initiative für Aufbau und Sicherung von Lieferketten für Technologie und künstliche Intelligenz gestartet. In Partnerschaft mit ausgewählten Ländern soll an Lieferketten von kritischen Materialien, Halbleitern, Fertigungstechnologie, KI-Infrastruktur und Energieversorgung gearbeitet werden. Japan, Südkorea, Singapur, die Niederlande, das Vereinigte Königreich, Israel, die Vereinigten Arabischen Emirate und Australien haben die Gründungserklärung der Initiative unterzeichnet. Die EU, Kanada, die Niederlande und Taiwan nehmen an Gesprächen teil, sind aber keine offiziellen Partner der Initiative.
- Führungswechsel bei der US-Notenbank: Der frühere Fed-Gouverneur Kevin Warsh soll nach dem Willen von US-Präsident Donald Trump die Nachfolge von Notenbank-Chef Jerome Powell antreten, dessen Amtszeit im Mai endet. Präsident Trump hatte Powell zuletzt stark kritisiert und die Fed unter Druck gesetzt, sodass Sorgen über die Unabhängigkeit der US-Notenbank laut wurden. Warsh muss noch vom US-Senat bestätigt werden.

- Wirtschaftsreaktionen auf ICE-Aktivitäten und Protesten in Minnesota: Noch existieren keine Schätzungen, wie sich die Aktivitäten der Einwanderungsbehörde ICE und die Proteste der Bevölkerung in Minnesota auf die örtliche Wirtschaft auswirken. Am 24. Januar legten hunderte Betriebe aus Protest ihre Arbeit nieder. Die Organisatoren der Proteste riefen die Bevölkerung auf, nicht zur Arbeit zu erscheinen und auf Einkäufe zu verzichten. Das Minnesota Chamber of Commerce hat zur Deeskalation aufgerufen, allerdings blieb diese Positionierung vage und verzichtete darauf, die Trump-Regierung, ihre Politik oder die Demonstrierenden zu kritisieren.

Ansprechpartner

Marion Zilker

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
marion.zilker@vbw-bayern.de
www.vbw-bayern.de

Christoph Kollé

Leiter des vbw Büros New York

Telefon +1 917-216-9569
christoph.kolle@vbw.com
www.vbw.com

Hinweis:

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.